

## **Stark für Menschenrechte**

16-162

### **Menschenrechte gelten für alle!**

Bündnis 90/Die Grünen verstehen sich als Menschenrechtspartei. Unsere gesamte Politik ist daran ausgerichtet. Menschenrechte gelten überall und jederzeit. Sie sind unteilbar. Das bedeutet: Wo diese Rechte verletzt werden, darf es keinen Rabatt aus wirtschaftlichen oder politischen Interessen geben. Auch die Herausforderungen der Globalisierung – ob Armut, Migration, Marginalisierung oder fehlende Sicherheit – verlangen nach Antworten, die auf den Menschenrechten gründen. Die Unteilbarkeit der Menschenrechte bedeutet die Gleichrangigkeit von bürgerlichen und politischen mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten. Innen- wie Außenpolitik müssen an den Menschenrechten ausgerichtet sein: Nur wer sich innenpolitisch an den gleichen Standards messen lässt, die er außenpolitisch anlegt, kann in der Menschenrechtspolitik glaubwürdig sein.

### **Terrorismusbekämpfung, Flüchtlingsschutz, Umgang mit Minderheiten: Menschenrechte im eigenen Land**

Die Bekämpfung des Terrorismus stellt eine menschenrechtlich ausgerichtete Innenpolitik auf die Bewährungsprobe: Wer um der Sicherheit willen die Freiheit opfert, der verliert über kurz oder lang beides. Schutz für verfolgte Flüchtlinge und das internationale Einfordern der bürgerlichen und politischen Rechte sind zwei Seiten derselben Medaille. Man darf Flüchtlinge nicht in Länder abschieben, in denen Menschenrechte systematisch verletzt werden und ihnen Gefahr für Leib, Leben und Freiheit droht. Die internationalen Menschenrechtsabkommen unterstreichen die zentrale Bedeutung der Gleichberechtigung. Wir setzen uns z. B. für die Rechte von Minderheiten und Benachteiligten in Deutschland ein: von Roma und Sinti, Lesben und Schwulen, ethnischen Minderheiten oder Menschen mit Behinderungen. Gerade der Umgang mit Minderheiten ist ein Gradmesser für die Lage der Menschenrechte.

### **Demokratie braucht Menschenrechte**

Die Menschenrechtsverletzungen von heute lösen die Kriege von morgen aus. Ihre Ursachen müssen wirksam bekämpft werden. Dabei geht es nicht nur um „early warning“, sondern auch um „early action“ und die Wahrnehmung internationaler Verantwortung. Nachhaltige demokratische Entwicklung ist nur auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit und der Beachtung der Menschenrechte möglich. Dem müssen Außen- und Entwicklungspolitik gleichermaßen Rechnung tragen. Menschenrechtspolitik darf sich nicht in dem wichtigen Einsatz für einzelne Verfolgte erschöpfen. Sie muss auf strukturelle Verbesserungen drängen: die Abschaffung der Todesstrafe, ein vollständiges Folterverbot, die Beseitigung von Willkür oder die Garantie freier Glaubens- und Religionsausübung. Wir wollen dazu die internationalen Schutzsysteme der Vereinten Nationen, der OSZE wie auch des Europarates stärken. Und wir machen uns für die Weiterentwicklung verbindlicher Menschenrechtsnormen stark. Sie sind eine wichtige Berufungsgrundlage für alle, die sich praktisch für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.

### **Internationale Verantwortung**

Was wir von der Politik erwarten, muss gleichermaßen für die Wirtschaft gelten: Die Menschenrechte einzuhalten und zu fördern, gehört auch zu den Pflichten von Unternehmen. Wir wollen Initiativen stärken, die internationale Konzerne in die Verantwortung nehmen. Die wirtschaftliche Kraft und damit auch der Einfluss transnationaler Konzerne übersteigen oftmals die Macht von Nationalstaaten. Das Fundament für Investitionssicherheit ist aber nur stabil, wenn Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte für eine nachhaltige Entwicklung sorgen. Eine stärkere Verankerung

von menschenrechtlichen Anforderungen wollen wir auch in der Entwicklungspolitik erreichen – Fortschritte in der Umsetzung der Menschenrechte müssen als Bedingung an finanzielle Zusagen, insbesondere Budgethilfen, gekoppelt werden. Auch der Klimawandel stellt uns vor drängende Aufgaben: Die Fragen von Umverteilung und Gerechtigkeit müssen wir unter Berücksichtigung der Menschenrechte beantworten.

## **Menschenrechte – Versprechen und Erfolge**

60 Jahre nach ihrer Verabschiedung ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte weiterhin aktuell. Ihre Vision eines menschenwürdigen Lebens für alle verkörpert die Hoffnung derer, die sich aus Angst, Not, Unfreiheit und Gewalt befreien wollen. Viele Versprechen bleiben noch einzulösen, dennoch hat die internationale Menschenrechtsbewegung auch Fortschritte und Erfolge zu verzeichnen: Frauenrechte sind als Menschenrechte anerkannt. Sie bilden die Grundlage, um gegen Diskriminierung und geschlechtsspezifische Verfolgung vorzugehen. Dennoch: Vergewaltigung als Kriegswaffe, die Praxis der Genitalverstümmelung, Frauenhandel und Zwangsprostitution sowie häusliche Gewalt kennzeichnen den Alltag vieler Frauen.

Ein Meilenstein zur Bekämpfung der Straflosigkeit von Menschenrechtsverbrechen ist die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes. Es geht um die Wiederherstellung des Rechts und um Genugtuung und Entschädigung für die Opfer. Und es geht um Vorbeugung: Jede nicht geahndete Menschenrechtsverletzung ist eine Aufforderung zur Wiederholung.

## **Nachhaltige Menschenrechtspolitik**

Die Menschenrechtspolitik der großen Koalition lässt ein klares Konzept vermissen. Konflikte innerhalb der Regierung schwächen zudem ihre Glaubwürdigkeit und ihren Einfluss in der Welt. Es ist gut, dass die Kanzlerin Verstöße und Missstände in anderen Ländern zuweilen anspricht – eine nachhaltige Menschenrechtspolitik wird daraus noch nicht.

Menschenrechte berühren als Querschnittsthema die verschiedensten Politikfelder. Wirksame Menschenrechtspolitik muss dementsprechend institutionell verankert sein. Wir Grüne haben uns dafür stark gemacht: Der Menschenrechtsausschuss des Bundestages, die oder der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte im Auswärtigen Amt und das Deutsche Institut für Menschenrechte sind wichtige Errungenschaften. Doch wir wollen Menschenrechtsfragen in alle Politikbereiche einbinden und vernetzen. Bei allen Entscheidungen steht ihnen oberste Priorität zu. Einen besseren Zugang zur Politik müssen nichtstaatliche Menschenrechtsorganisationen erhalten, denn sie sind es in vorderster Linie, die dem humanen Anliegen eine glaubhafte Stimme verleihen.

## **Menschenrechte tatkräftig verwirklichen**

Wir Grüne kämpfen für eine konsequente und nachhaltige Menschenrechtspolitik, die die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte ernst nimmt.

Deshalb:

- fordern wir die menschenrechtliche Ausrichtung der Innen- und der Außenpolitik,
- wollen wir die Verankerung von menschenrechtlichen Anforderungen in der Entwicklungszusammenarbeit,
- setzen wir uns dafür ein, Wirtschaftsunternehmen bei der Einhaltung und Förderung der Menschenrechte verbindlich in die Pflicht zu nehmen,
- unterstützen wir Initiativen zum Schutz von Flüchtlingen und für die Rechte von Minderheiten auch in Deutschland,
- setzen wir uns für Gleichberechtigung und ein allgemeines Diskriminierungsverbot ein,
- kämpfen wir für Frauenrechte als Menschenrechte und für ein Ende der Straflosigkeit,
- setzen wir uns für eine institutionelle Stärkung der Menschenrechtspolitik ein.

*„Menschenrechtspolitik muss sich in der Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik einmischen und durchsetzen! Sie ist nichts für die Sonntagsreden von Gutmenschen!“*  
Volker Beck MdB ist Sprecher für Menschenrechtspolitik

## **Noch Fragen?**

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion  
Volker Beck MdB, Sprecher für Menschenrechtspolitik  
Arbeitskreis 4: Internationale Politik und Menschenrechte  
11011 Berlin, T. 030/227 56789, F. 030/227 56552  
info@gruene-bundestag.de

## **Links:**

[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » Themen A-Z » Menschenrechte

## **Bundestagsdrucksachen:**

16/8402 Für klare menschen- und völkerrechtliche Bindungen bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr (Antrag)  
16/9866 Zur Menschenrechtssituation in den Ländern der Andengemeinschaft und Venezuela (Große Anfrage)  
16/7902 Sicherstellung des Menschenrechts der Religions- und Glaubensfreiheit (Große Anfrage)  
16/10341 Für eine zukunftstaugliche und menschenrechtlich fundierte Europäische Migrationspolitik (Antrag)